

GESETZBLATT

der
Deutschen Demokratischen Republik

1953 |

Berlin, den 11. Dezember 1953

| Nr. 129

Tag	Inhalt	Seite
10.12.	53 Verordnung über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften	1219

Verordnung

über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften.

Vom 10. Dezember 1953

In der Deutschen Demokratischen Republik sind die wichtigsten Reichtümer Eigentum des werktätigen Volkes. Die Staatsmacht befindet sich in den Händen der Arbeiterklasse, die im Bündnis mit den werktätigen Bauern und der Intelligenz steht.

Diese Veränderungen haben die Rechte und Pflichten der Arbeiter in der Deutschen Demokratischen Republik grundlegend gewandelt. Die Arbeiter sind die führende Kraft der Gesellschaft. Sie arbeiten in den volkseigenen Betrieben für sich selbst und für das Wohl aller Werktätigen. In der Deutschen Demokratischen Republik gibt es keine Massenarbeitslosigkeit und keine Wirtschaftskrisen. Die Grundrechte der Werktätigen auf Arbeit, auf Erholung, auf Bildung, auf bezahlten Jahresurlaub und auf Versorgung im Alter sind durch Gesetz garantiert. Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wurde verwirklicht.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik führt unbeirrbar und entschlossen eine Politik des Friedens auf der Grundlage der Entwicklung der Produktivkräfte zur Erhöhung des Wohlstandes aller Werktätigen durch.

Im Gegensatz zu Westdeutschland, wo das Gift des Militarismus und der Revanchepropaganda als Mittel für die Vorbereitung eines neuen Krieges dient und die Spaltung Deutschlands vertieft, sind in der Deutschen Demokratischen Republik die Wurzeln des Militarismus und der Revanchepropaganda ein für allemal beseitigt. Unter den Bedingungen unserer Arbeiter- und Bauernmacht werden die Werktätigen im Geiste der Völkerfreundschaft und des Friedens erzogen.

Diese Politik entspricht den Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes, sie dient der Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher demokratischer Grundlage.

Gestützt auf die großen Erfolge der Werktätigen bei der Erfüllung des Fünfjahrplanes konnte die Regierung in der letzten Zeit bedeutsame Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Lage der Arbeiter durchführen. Die Löhne vieler Arbeiter wurden erhöht. Die Lohnsteuer für Arbeiter und Angestellte wurde gesenkt. Bedeutend gesenkt wurden die Preise für Waren des Massenbedarfs. Dadurch hat sich das Realeinkommen der Arbeiter und der übrigen Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik allein im Jahre 1953 um mehr als 2,7 Milliarden DM erhöht. Auch die Ausgaben für Kur- und Erholungsaufenthalte der Arbeiter und Angestellten wurden bedeutend gesteigert. In den Sanatorien und Erholungsheimen der Deutschen Demokratischen Republik ei holen sich hunderttausende Arbeiter. Die Ausgaben zur Zahlung von Renten betragen im Jahre 1952 mehr als 3,0 Milliarden DM und haben sich im Jahre 1953 weiterhin erhöht.

Die Sorge der Regierung um die Nöte und Bedürfnisse der Arbeiter und der anderen Werktätigen ruft bei ihnen Genugtuung und das Bestreben hervor, ihrer Regierung bei der raschen Verwirklichung des neuen Kurses durch höhere Produktionsleistungen entscheidend zu helfen. Immer breiter entwickelt sich unter der Arbeiterschaft der Wettbewerb und das Bestreben, das kommende Jahr 1954 zum Jahr der großen Initiative zu gestalten. Das ist von gewaltiger Bedeutung, da die Verwirklichung des neuen Kurses und die weitere Hebung des Wohlstandes aller Werktätigen jetzt in erster Linie von der Entwicklung der Aktivität der Arbeiterklasse in der Produktion und im politischen Leben, von der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Senkung der Selbstkosten abhängen.

Zugleich ist es für die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter notwendig, daß sich alle Organe der Staatsmacht, besonders die Ministerien, sowie die Betriebsleitungen, Gewerkschaften u. a. Massenorganisationen mit erhöhter Aufmerksamkeit den täglichen Sorgen und Nöten der Arbeiter zuwenden. Die Regierung hält es für absolut unzulässig, wenn einige Wirtschaftsorgane und Betriebsleitungen